

## **ANTRAG**

**der Fraktion DIE LINKE**

### **Aufbau Ost - Gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen Land schaffen**

Der Landtag möge beschließen:

- I. Der Landtag stellt fest, dass sich seit dem Fall der Berliner Mauer vor knapp 30 Jahren ein enormer Veränderungsprozess in den ostdeutschen Bundesländern vollzieht. Neben vielen Erfolgen darf nicht verschwiegen werden, dass der wirtschaftliche Aufholprozess nicht abgeschlossen und die Herstellung von gleichwertigen Lebensverhältnissen nach wie vor eine der größten politischen Aufgaben ist.
- II. Der Landtag wird
  1. eine Verfassungsänderung vornehmen und die Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen als Staatsziel in die Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern aufnehmen, um den Bemühungen mehr Nachdruck zu verleihen.
  2. eine Expertenkommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ einsetzen, die eine Bestandsaufnahme der Problemfelder und der bisherigen Bemühungen zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse durchführt und auf der Grundlage dieser Analyse sowie des Berichts der Bundeskommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ einen Umsetzungsplan für Mecklenburg-Vorpommern erarbeitet.

- III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,
1. ab sofort bei jedem Gesetzgebungsvorhaben eine Abschätzung der Auswirkungen auf die ländlichen Räume vorzunehmen, um abzusichern, dass mit zukünftigen Entscheidungen nicht ein weiteres Auseinanderdriften der Regionen befördert wird.
  2. Raumordnung und Landesentwicklung so aufzuwerten, dass sie strategisch und fachressortübergreifend wirken, handeln und auch im Vorfeld von Strukturreformen und Standortentscheidungen Auswirkungen auf die betroffenen Einwohnerinnen und Einwohner, Standorte oder Regionen untersuchen können.

**Simone Oldenburg und Fraktion**

### **Begründung:**

Die Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns in beiden Landesteilen, im Küsten- und Binnenland, zwischen Stadt und Land und auch im Vergleich zu anderen Flächenländern Deutschlands verläuft unterschiedlich. Diese Unterschiede manifestieren sich und nehmen eher zu, als dass eine Angleichung stattfindet. Es wird nicht in Abrede gestellt, dass bereits Maßnahmen eingeleitet worden sind. Jedoch können damit über Jahrzehnte stattfindende Entwicklungen sowie politische Entscheidungen und Strukturreformen, die zum Nachteil der Fläche waren, nicht kompensiert werden. Der Angleichungsprozess erfordert weiteres und verstärktes Engagement der Landespolitik über alle fachpolitischen Zuständigkeiten hinweg. Die aktuelle Debatte zur Entwicklung ostdeutscher Länder und zu erwartende bundes- als auch landespolitische Entscheidungen, die maßgeblich die weitere Entwicklung auch Mecklenburg-Vorpommerns beeinflussen werden, machen ein klares Bekenntnis der Landespolitik für gleichwertige Lebensverhältnisse notwendig. Ziel ist, künftige landespolitische Entscheidungen so abzuwägen, dass ein weiteres Auseinanderdriften der Regionen innerhalb des Landes verhindert wird. Ebenso soll auch die Arbeit der Arbeitsgruppen in der von der Bundesregierung eingesetzten Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ unterstützt und eine Umsetzungsstrategie der zu erwartenden Ergebnisse für Mecklenburg-Vorpommern erarbeitet werden.